

Haushaltsrede Bürgermeister Karl Heinz Simon  
Verbandsgemeinderatsitzung am 27.01.2016

Albert Einstein, der deutsche Physiker und Nobelpreisträger hat einmal gesagt:

„Inmitten der Schwierigkeit liegt die Möglichkeit.“

Albert Einstein hat diesen Satz sicherlich nicht auf die kommunalen Haushalte gemünzt. Obwohl die Finanzausstattung der Kommunen auch zu seiner Zeit nicht besser war, wenn man mal recherchiert.

Aber irgendwie passt dieser Satz dennoch auch auf unser Metier. Niemand in unseren kommunalen Gremien, sei es im Verbandsgemeinderat, im Kreistag oder in unseren Gemeinderäten bzw. in Zell im Stadtrat würde die Aufstellung des jährlichen Haushaltes und damit die Finanzierung der politischen Zielvorstellungen für die Entwicklung unseres Gemeinwesens als etwas Einfaches bezeichnen.

Jahr für Jahr ist es doch ein Ziehen an allen Zipfeln der für die Aufgabenbewältigung doch arg zu kurz geratenen Decke, die sich Finanzausstattung nennt. Zum einen sind dies die unterschiedlichen staatlichen und kommunalen Ebenen, die da eifrig jede in ihre Richtung ziehen. Zum anderen sind dies die unterschiedlichen Aufgabenbereiche: Schule, Kindergärten, Brandschutz, Tourismus- und Wirtschaftsförderung, Personal und Verwaltung, die Unterhaltung und Erweiterung unserer Infrastruktur, und so viele andere Bereiche, für welche die von den Bürgern aufgebrauchten Steuermittel verwendet werden sollen.

Jede Aufgabe und damit auch jedes Klientel, welches dahinter steht, (ohne dies jetzt nachteilig zu meinen) strebt für sich eine bessere Finanzausstattung an!

Sehr geehrte Damen und Herren,  
die Haushaltsrede des Bürgermeisters ist mehr als die bloße Aneinanderreihung von Zahlen und Projekten. Ich denke, gerade auch am Ende (m)einer Wahlperiode sei mir dies gestattet!

Die Haushaltsrede bietet Gelegenheit für grundsätzliche Aussagen, für eine Standortbestimmung: Wo stehen wir – wo wollen wir hin?

Nach meinem Dafürhalten kann man gegenwärtig ein solches Unterfangen nicht beginnen, ohne auf die aktuellen Geschehnisse in Europa und in Deutschland einzugehen, sind doch deren Auswirkungen auf allen staatlichen Ebenen und in unserer Gesellschaft spürbar.

Aber zunächst ein Blick zurück: Dezember 1989. Europa befand sich im Umbruch. Der eiserne Vorhang, der den Kontinent seit 1945 trennte, war zerrissen.

Die Menschen in Deutschland begannen, nach der staatlichen Einheit zu rufen. Gravierende Veränderungen vollzogen sich damals innerhalb kürzester Zeit.

Wir alle konnten täglich Geschichte am Fernseher miterleben. Verwundert rieben wir uns dabei manchmal die Augen. Innerhalb weniger Wochen geschahen Dinge, die über vier Jahrzehnte hinweg völlig unvorstellbar waren.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker rief in seiner damaligen Weihnachtsansprache zum Aufbau eines geeinten Europas auf, in dem einer dem anderen zukünftig helfen könne.

Dezember 1989. Es gab berechtigte Hoffnung auf eine bessere, auf eine friedvollere Welt. Was ist davon geblieben?

Januar 2016. Sechszwanzig Jahre später. Die Welt befindet sich erneut im Umbruch. Terror und Bürgerkriege treiben ein schreckliches Unwesen, Millionen von Flüchtlingen vor allem aus dem Nahen Osten und Afrika drängen nach Europa.

Die Flüchtlinge verlassen ihre Heimat, weil der Krieg sie aus dem Land treibt, weil sie dort um ihr Leben und das ihrer Kinder fürchten und keinerlei Perspektive zum Überleben haben. Sie haben – bei aller Problematik für uns in Deutschland - keine Alternative.

Die Europäische Union steckt in ihrer größten Krise seit ihrer Gründung und droht daran auseinanderzubrechen. Steht dieser Staatenbund überhaupt noch für gemeinsame Werte oder ist er doch nur eine Art lockere Freihandelszone?

Scheinbar religiös motivierte Fundamentalisten morden weltweit und bedrohen die freiheitlichen Demokratien des Westens. Die Pariser Anschläge, das Selbstmordattentat mit zehn getöteten deutschen Staatsbürgern in Istanbul, ein zu Beginn des Jahres 2015 abgesagter Karnevalsanzug in Braunschweig, das bedrohte Fußball-Länderspiel im November in Hannover oder die Terrorwarnung von Silvester in München. Die Bedrohung ist bei uns angekommen, sie ist auch bei uns in Deutschland Realität geworden! Bundespräsident Joachim Gauck spricht davon, dass wir in einer Zeit leben, in der wir Opfer einer neuen Art von Krieg zu beklagen haben.

Januar 2016. Sechszwanzig Jahre später

Die Hoffnungen auf eine bessere, auf eine friedvollere Welt haben sich nicht erfüllt. Wir alle sind in Sorge und fragen uns, wie es wohl weiter geht. Auch heute erleben wir wieder Geschichte an den Fernsehgeräten mit, aber die Auswirkungen der „großen Politik“ sind nun selbst bei uns spürbar.

Zweimal haben wir uns in den vergangenen Wochen und Monaten zu Friedensgebeten versammelt, wir haben dies konfessionsübergreifend getan, katholische und evangelische Christen, Muslime – wir tun dies um ein Zeichen zu setzen, gegen Gewalt und Terror. Aber auch ein Zeichen von Gemeinsamkeit, ein Zeichen von Miteinander in unserem kleinen Teil dieser Welt!

Weltweit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Etwa 200 von ihnen haben mittlerweile in unserer Verbandsgemeinde zumindest vorübergehend Obdach gefunden. Die Unterbringung – noch mehr die Integration sind fürwahr eine herausfordernde Aufgabe.

Wir, die Verantwortlichen in der Verbandsgemeinde Zell, machen keine Flüchtlingspolitik, das ist die Aufgabe von Berlin und Brüssel. Zweifellos gibt es an den dortigen Entscheidungen (oder auch Nicht-Entscheidungen) nach wie vor vieles zu kritisieren.

Vor Ort sind wir aber aufgefordert, uns nicht in grundsätzlichen Diskussionen zu verstricken, sondern mit der tatsächlichen Situation in unseren Gemeinden verantwortungsbewusst umzugehen.

Ich bin dankbar dafür, dass wir beim Umgang mit diesem Thema in unseren Gremien stets Gemeinsamkeit an den Tag legen. Ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie der realistischen Herangehensweise der Verwaltung an diese große Aufgabe ebenso wie der weit überwiegende Teil unserer Bevölkerung Unterstützung zu teil werden lassen.

Neben der Offenheit für Menschen, welche bei uns Zuflucht suchen, neben dieser gelebten Willkommenskultur und auch diesem großen Engagement unserer Bevölkerung für die Integration der Flüchtlinge, haben wir jedoch auch (und das gehört untrennbar mit dazu) Erwartungen an die Menschen, die bei uns Schutz suchen.

Diese Erwartungen finden ihren Niederschlag in unseren Wertvorstellungen und in unserem Grundgesetz. Auf der Grundlage des Artikels 1 „Die Menschenwürde ist unantastbar“. Dieser Grundsatz steht über Allem. Er gilt für alle Menschen. Vorgänge wie in der Silvesternacht in Köln oder anderswo verbieten sich und sind nicht akzeptabel und zu bestrafen - genauso aber auch wie das Anzünden von Flüchtlingsheimen.

Lassen Sie mich dabei auch eines klar herausstellen: Wir müssen die Fragen, Sorgen und auch Ängste aus der Bevölkerung ernst nehmen. Wir müssen auch vorhandene Missstände ansprechen und darauf hinweisen, dass unsere Werte nicht zur Diskussion stehen.

Nur so wird es gelingen, Akzeptanz aufrecht zu erhalten und Vertrauen zu gewinnen. Wenn wir uns nicht zum Anwalt der Interessen unserer Bürger machen, dann werden andere versuchen, diese Rolle zu übernehmen. Wir dürfen aber Populisten und Extremisten keinen Raum geben - diese haben zwar markige Sprüche parat, aber keine Lösungen. Lassen Sie uns daher bitte in dieser schwierigen Zeit den Weg der Gemeinsamkeit weiter beschreiten und unsere Möglichkeiten nutzen.

Zumindest einige der Flüchtlinge werden dauerhaft in unserer Kommune bleiben. Hier wird es dann um wirkliche Integration gehen. Sprache, Wohnung, Kindergarten und Schule, Ausbildung, Arbeit lauten in diesem Zusammenhang die Schlagworte. Es gibt viele offene Stellen, unbesetzte Ausbildungsplätze, manche Branchen finden keine Bewerber mehr.

Die renommierte Bertelsmann-Stiftung geht 2015 in ihrer Studie „Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten in Deutschland bis 2050“ davon aus, dass ohne Zuwanderung das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland bei konstanten Erwerbsquoten bis zum Jahr 2050 um rund 16 Millionen Menschen und damit um 36 Prozent zurückgehen wird.

Wenn dieser Rückgang nicht ausgeglichen werden kann, drohen nach der Studie vielfältige volkswirtschaftliche Konsequenzen. Gleichzeitig verteilen sich die Kosten für soziale Sicherungssysteme und sonstige staatliche Ausgaben auf deutlich weniger Schultern.

In verschiedenen Berechnungsszenarien zeigt die Studie auf, dass bis 2050 jährlich zwischen 276.000 und 491.000 Menschen aus Drittstaaten (also von außerhalb der EU) einwandern müssten, um das aktuelle Niveau der Menschen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland halten zu können. Dies erfordert natürlich Strukturierung, (das geht nicht über reines Asylrecht), Sprachkenntnisse als Grundqualifikation, berufliche Qualifizierung, kulturelle Integration und vieles Mehr.

Bei uns vor Ort könnte Zuwanderung den Rückgang unserer Bevölkerungszahl etwas abfedern und vielleicht für unsere kleinsten Schulen oder Kindergärten den Bestand sichern. All dies verbunden mit sehr großen Herausforderungen, natürlich!

Es liegt also noch viel Arbeit vor uns allen, schwierige Arbeit unbestritten, die wir mit der gleichen Entschlossenheit angehen müssen wie in den vergangenen Monaten. Auch dazu erwarte ich Konzepte der Bundesregierung! Der Deutsche Städte- und Gemeindebund trifft sich gerade heute Nachmittag mit der Bundeskanzlerin, um die Flüchtlingssituation zu beraten und die Forderungen der Kommunen auf den Tisch zu legen!

Dennoch: Das Wort des großen Denkers Albert Einstein „Inmitten der Schwierigkeit liegt die Möglichkeit“ erscheint mir auch hervorragend geeignet, um den Themenkomplex Flüchtlinge mit all seinen Facetten zu umschreiben.

Doch nun zum Haushalt:

Der Haushaltsplan ist wie immer Grundlage unserer Arbeit und markiert den Weg, den wir einschlagen.

Unser gemeinsames Ziel lautet

Wir wollen die Verbandsgemeinde Zell und mit ihr die 24 Gemeinden im Hunsrück und an der Mosel, - also unsere Heimat - positiv weiter entwickeln.

Wir wollen eine lebenswerte, kinder- und familienfreundliche, eine strukturstarke, eine sichere und auch zukunftsfähige Region, in der man gerne wohnt, wo man sich wohl fühlt, wo man gerne zuhause ist!

Diese Zielsetzung zieht sich folgerichtig durch den Haushalt 2016.

Wichtige Aufgabenstellungen finden sich im Haushalt wieder:

- Wir kümmern uns in der Verwaltung um die Verbesserung der Infrastruktur in den Gemeinden und wir bringen das Großprojekt der Versorgung unserer Gemeinden mit schnellem Internet in 2016 zum Abschluss der seinerzeitigen Ausbauplanung!
- Eine frohe Kunde für unsere Unternehmen: auch im Altlayer Bachtal wird es in diesem Jahr schnelles Internet geben. Aber weiteres nachjustieren wird uns sicherlich auch in den nächsten Jahren noch begleiten
- Mit dem Breitbandprojekt schaffen wir nicht nur bessere Teilhabe für unsere Bevölkerung, sondern wir verbessern gleichzeitig die Rahmenbedingungen für unseres Unternehmen an Mosel und Hunsrück,
- Diese Rahmenbedingungen stärken wir auch im touristischen Bereich mit unserer Unterstützung für zahlreiche infrastrukturelle Projekte in den Gemeinden oder dem Aufgreifen der Hotelproblematik in Zell
- Ein wichtiger Bereich: Wir kümmern uns um die Betreuung und Bildung unserer Kinder – von der Krippe bis zur Schule nimmt dieser Bereich jedes Jahr einen wichtigen Stellenwert im Haushalt ein
- und nicht zuletzt unterstützen wir unsere Feuerwehren als wichtigen Bestandteil unseres Sicherheitsgefüges in der Verbandsgemeinde.

Der Ihnen vorliegende achte Haushalt nach doppischen Gesichtspunkten, mein sechzehnter Haushalt den ich vorlege, ist – wie all seine doppischen Vorgänger – im Plan nicht ausgeglichen!

Es ist aber (wie immer) ein ehrlicher und ein solider Haushalt!

Die Situation hat sich gegenüber den Vorjahren dennoch deutlich verbessert! Haben im Vorjahr in der Planung noch im Finanzhaushalt Mittel gefehlt, um die Rechnungen zu bestreiten, können wir dies nach der heutigen Planung ohne Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten tun.

Das hängt mit deutlich steigenden Umlagegrundlagen (744 T€) aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen, von denen Landkreis, Verbandsgemeinde und Ortsgemeinden entsprechend ihrem jeweiligen Anteil profitieren.

744 T€ - dies bedeutet: der Anteil der Verbandsgemeinde bei Beibehaltung des Umlagesatzes würde bei 246 T€ liegen, beim Landkreis sind dies 331 T€ und bei den 24 Ortsgemeinden kämen 168T€ an.

Wir schlagen Ihnen in diesem Jahr eine Umverteilung dieses Zuwachses vor. Hierzu wollen wir die Verbandsgemeinde-Umlage in zwei Schritten absenken.

#### Zum Ersten :

Wir wollen die allgemeine Umlage um 0,3 Punkte von 33,0 auf 32,7 Punkte absenken. Dies macht etwa 40 T€ mehr für die Ortsgemeinden aus!

#### Zum Zweiten:

Wir halten ein Versprechen ein, das ich ihnen im vergangenen Jahr bei der Haushaltsberatung gegeben habe: Sie wissen, dass der Landkreis eine gesplittete Kreisumlage mit einem erhöhten Satz auf die Umsatzsteuer eingeführt hat.

Damit daraus keine Mehrbelastung für unsere Ortsgemeinden entsteht, haben wir in der Verbandsgemeinde Zell im vorliegenden Entwurf die Verbandsgemeinde-Umlage ebenfalls gesplittet und den Hebesatz für die Umsatzsteuer auf 25,23 % abgesenkt.

Dies gleicht für die Ortsgemeinden die erhöhte Kreisumlage bei der Umsatzsteuer in kompletter Höhe aus. Dies macht ebenfalls in etwa 40 T€ mehr für die Ortsgemeinden aus!

Versprochen – gehalten!

Zusammengerechnet erhöht dies den Anteil der Ortsgemeinden an der gestiegenen Steuerkraft auf rd. 248 T€, während sich der Anteil der Verbandsgemeinde von 246 T€ auf ein Mehr von 165 T€ reduziert.

Zusammengerechnet würde die Allgemeine Umlage damit bei aktuell 32,4 % liegen! Mit dieser Reduzierung senken wir seit 2004 zum fünften Male den Umlagesatz und wir verzeichnen in unserer Verbandsgemeinde den niedrigsten Umlagesatz seit dem Jahr 2002.

Im Schnitt 32,4 %, da ist wie bisher ALLES drin enthalten, keine Schul-Umlage, keine Tourismus-Umlage, keine Schwimmbad-Umlage oder sonstiges wird daneben erhoben. Damit stehen wir auch weiterhin an der Seite unserer Ortsgemeinden und haben deren Handlungsfähigkeit im Blick.

Dies wird auch deutlich aus einem Vergleich der Umlagebelastungen der Ortsgemeinden in unserem Landkreis, welchen wir im aktuellen Haushaltsplan des Landkreises Cochem-Zell vorfinden. Die Spanne der Umlagebelastungen der Ortsgemeinden reichte in 2015 in den einzelnen Verbandsgemeinden unseres Kreises von 78,27 % (dies war bei uns) bis zu 90,53 %. Das sind 12 % Differenz!

So die Zahlen der Kreisverwaltung!

Gespürt haben wir diese Situation aber auch bei der Verteilung der Mittel des Kommunalinvestitionsgesetzes, genannt KI 3.0! Von 799 T€, welche in den kreisangehörigen Bereich Cochem-Zell fließen, kommen nur 94 T€ in der Verbandsgemeinde Zell an. Basis hierfür sind die Liquiditätskredite, welche bei uns spürbar niedriger sind als bei den Nachbarn.

Auch dies hat etwas mit der geringeren Umlagebelastung durch die niedrige Verbandsgemeinde-Umlage zu tun. Dennoch, da gebe ich den Kollegen Ortsbürgermeister Recht – die Umlagebelastung in der Summe müsste niedriger sein!

Nun zu den Zahlen.

Ergebnishaushalt
------------------

Die Erträge und Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, weisen inklusive des Finanzergebnisses einen Jahresfehlbetrag von 141.141 Euro aus. 11.581.148 € an Erträgen stehen Aufwendungen von 11.600.934 € gegenüber.

Damit steigt der Aufwand erstmals über die 11-Millionen-Marke. Ein Anstieg von rund 4 Millionen Euro, dies sind 53 %, seit 2009 macht aber auch die Aufgabenentwicklung in dieser Zeit sehr deutlich.

Im Gesamtdefizit sind auch die Abschreibungen und die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten enthalten.

Hier ist natürlich die zum 01. Januar 2016 wieder in unser Eigentum gekommene Schule Blankenrath erwähnenswert.

Umlagegrundlagen
------------------

Wichtigste Einnahmequelle für uns ist und bleibt die Verbandsgemeinde-Umlage.

Die Umlagegrundlagen – Steuer- und sonstige Einnahmen aus dem Kommunalen Finanzausgleich, welche unsere Ortsgemeinden bereits tatsächlich in der Vergangenheit erzielt haben, - sind um 744 T€ gestiegen!

Dabei ist die Entwicklung sehr unterschiedlich.

- Während Grundsteuer A und B um 6 T€ sinken, steigt die Gewerbesteuer um 780 T€ – wir liegen jetzt bei 3.459 T€.
  - Eine beachtliche Entwicklung, welche die gute Konjunktur widerspiegelt
- Der Anteil an der Einkommensteuer steigt um 296 T€ auf jetzt 4.983 T€.
  - Auch dies sicherlich ein Zeichen für die brummende Wirtschaft
- Die landesdurchschnittliche Steuerkraft steigt zwar um 30 € auf 935 €. Trotz der Absenkung des Schwellenwertes von 77 auf 75 Punkte, steigt dieser Wert im Betrag um knappe 4 € je Einwohner.
  - Der Schwellenwert ist damit wieder bei seinem ursprünglichen Satz
- Da sich die Steuerkraft unserer Gemeinden demgegenüber jedoch stärker erhöht als der Landesschnitt sinken die Schlüsselzuweisungen A um 442 T€ auf 1.238 T€.

Werfen wir einen Blick in die Teilhaushalte:

Teilhaushalt I	Zentrale Aufgaben, Finanzen
----------------	-----------------------------

Im Teilhaushalt I – also in der Verwaltung – steht natürlich das große Vorhaben Verwaltungsgebäude weiterhin ganz oben.

Nach Abschluss des laufenden Städtebaulichen Wettbewerbs (voraussichtlich im April dieses Jahres) ist ein Hochbauwettbewerb der nächste Schritt. Hierfür sowie für die notwendige Baubetreuung sind ebenfalls Mittel eingestellt bzw. es kann zum Teil auf Übertragungen zurückgegriffen werden.

Über die Notwendigkeit dieses Neubauvorhabens haben wir im Rat mehrfach eingehend diskutiert. Diese ist vom gesamten Rat hier anerkannt worden.

Moderne, effiziente Verwaltung ist hier im Bestand dauerhaft nicht mehr möglich, lautet der einhellige Tenor!

Ein schwieriger und auf die heutige Nutzung nicht abgestellter bautechnischer Zustand, dazu Brandschutz- und Sicherheitsprobleme, nicht den heutigen Arbeitsbedingungen entsprechend, keine moderne Büroorganisation möglich, die Hochwasserbetroffenheit, fehlende Barrierefreiheit, wesentlich zu eng; das waren einige der Bewertungen, in denen wir uns hier im Rat völlig einig waren und seitdem gemeinsam das Neubauziel verfolgen!

Daneben werden wir uns in der Verwaltung auch im technischen Bereich, also in der IT, weiter modernisieren um den heutigen Anforderungen gerecht zu werden.

Mit der heutigen Sitzung beenden wir die Testphase unsers iPad-gestützten Sitzungsdienstverfahrens mit den Hauptausschussmitgliedern und nach den bisherigen positiven Resonanzen werden wir dies wohl für den kompletten Rat einführen. In der nächsten Ortsbürgermeister-Dienstbesprechung Mitte Februar werden wir mit den Kollegen ebenfalls diese Vorgehensweise besprechen, damit wir hier wenn möglich einheitlich verfahren und die Papierflut etwas eingedämmt werden kann. Die entsprechenden Mittel hierfür sind eingeplant, ebenso für den Zugang weiterer Ortsbürgermeister auf unsere Finanzbuchhaltung.

Auch im Teilhaushalt I finden wir unser kommunales Gemeinschaftsprojekt mit der Verbandsgemeinde Traben-Trarbach „Starke Kommunen – Starkes Land“ mit unserer Arbeit zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge im Gesundheitsbereich. Hierfür sind 30 T€ veranschlagt, welche durch Landeszuwendungen gegenfinanziert sind. Die finanzielle Abwicklung wird auch 2016 über unser Haus laufen.

Teilhaushalt II	Bildung, Generationen, Kultur
-----------------	-------------------------------

Im TH 2 finden wir unsere Schulen und Kindergärten sowie die Generationenarbeit wieder. Für unsere sechs Grundschulen mit derzeit 484 Schülern wenden wir 732.325 € auf. 80 T€ mehr als im Vorjahr, davon mit über 70 T€ im Wesentlichen für die GS Blankenrath.

Nach Stillstand im Vorjahr steigt die Schülerzahl leicht an. Sicherlich keine Trendwende – aber eine Stabilisierung!

In Blankenrath steht eine Sanierungsmaßnahme am Dach für rund 530 T€ an. Hieran wird sich der Landkreis entsprechend der aktuellen Quote der Klassenräume mit rund 50 % beteiligen.

Gebäudetechnisch sowie in der Lehrmittelausstattung sind unsere Schulen verbandsgemeindeweit up-to-Date.

Mit einer von uns finanzierten halben Stelle für Schulsozialarbeit an allen Grundschulen unserer VG sind wir – gemeinsam mit der Verbandsgemeinde Ulmen – im Landkreis führend, während vielerorts die Schulsozialarbeit an Grundschulen aus rein finanziellen Gründen wieder abgeschafft wurde oder deutlich hinter unserem Standard zurück bleibt.

In dieser Frage wird die anstehende Schließung der RealschulePlus in Blankenrath jedoch in absehbarer Zeit zusätzliche Anforderungen an uns stellen.

Daneben gibt es bei uns an allen Schulstandorten von uns (mit-)finanzierte Betreuungsangebote entsprechend dem jeweiligen örtlichen Erfordernis in der Elternschaft. Dies stärkt unseren kleinen Grundschulen den Rücken.

Kindergärten
--------------

Im Kindergartenbereich – wir sind Träger von vier Einrichtungen – sind wir gut aufgestellt und können die Nachfragen in den unterschiedlichsten Bereichen bedienen!

Wir verfügen in der Verbandsgemeinde im kommunalen (269 Plätze) und kirchlichen Bereich (324 Plätze) über insgesamt 593 Plätze, davon sind 290, also etwa jeder zweite, Ganztagsplätze.

Bei uns stehen 143 U3-Plätze zur Verfügung, (davon 57 im kommunalen und 86 im kirchlichen Bereich). Von den 143 U3-Plätzen wiederum sind 39 Krippenplätze, die sowohl im Hunsrück als auch an der Mosel vorgehalten werden.

Da wir auch Hortplätze selbst vorhalten oder bezuschussen, kann bei uns bislang jede Elternnachfrage von der Kinderkrippe bis zum Hort, von den Einjährigen bis zum 14. Lebensjahr, von Teilzeitplätzen bis zum Ganztagesangebot, zufriedenstellend bedient werden.

Erwähnenswert ist sicherlich auch, dass sich die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen wesentlich verbessert haben. Teilweise Freistellungen der Leiterinnen gehen einher mit einer strukturellen Verbesserung der Bezahlung von Erzieherinnen bis hin zu Tariferhöhungen von über sechs Prozent.

Der Personalaufwand alleine im KiTa-Bereich steigt gegenüber dem Vorjahr um 190 T€, dies sind 12,4 %.

Jugend-Senioren- Ehrenamtsbüro
--------------------------------

Im Jugend- und Seniorenbereich bleiben die veranschlagten Mittel in Etwa auf bisherigem Niveau, um die erfolgreiche Arbeit in diesen Bereich fortsetzen zu können.

Derzeit ist der Jugendförderpreis ausgeschrieben. Beim Jugendparlament findet im Februar die Neuwahl statt; wir unterstützen und begleiten die örtliche Jugendarbeit in den Gemeinden und führen selbst eine ganze Reihe von Freizeitmaßnahmen durch bzw. bezuschussen Maßnahmen der Jugendgruppen und der Kirchen mit Kindern und Jugendlichen.

Im Seniorenbereich konnten wir die Arbeit mit dem Kreis der Ehrenamtlichen wieder intensivieren. Diese Arbeit ist bis auf die Personalkosten kostendeckend.

Bei der Ehrenamtsarbeit haben wir zwischenzeitlich auch die erste Ehrenamtskarte hier zur Ausgabe vorliegen und wir starten am 12. Februar mit der Ehrenamtsbörse Zell-Traben-Trarbach, der EBZeTT.

Teilhaushalt III	Wirtschaft und Tourismus, Erlebnisbad
------------------	---------------------------------------

Im Teilhaushalt III finden wir die wirtschaftlichen Betätigungen.

### **Erlebnisbad**

Das Erlebnisbad ist nach wie vor unverzichtbar, wetterunabhängig, ein Angebot für Einheimische und Gäste. Auch die Schulen nutzen es - in diesem Jahr verstärkt; hier lernen unsere Kinder schwimmen!

Auch künftig decken die Eintrittserlöse im Bad jedoch nur einen Bruchteil der Kosten. Nachdem die Eintrittspreise seit einigen Jahren stabil sind, werden wir in diesem Jahr einen Vorschlag zur Anhebung vorlegen, dessen Mehrertrag im Übrigen bereits im Etat eingeplant.

Positiv bemerkbar machen sich natürlich die aktuell niedrigen Heizölpreise. Den Ansatz hierfür haben wir daher erneut um 30 T€ abgesenkt, im Vorjahr bereits schon einmal um 20 T€.

Unterm Strich kostet uns das Bad nach Abschreibungen rd. 590 T€. Ohne Abschreibungen und Auflösungserträge rd. 530 T€.

Mit einer ersten Tranche haben wir auch 100 T€ aufgenommen als Zuschuss für die Sanierung des Freibades Arrastal zuzüglich der notwendigen Verpflichtungsermächtigung für die zweite Tranche. Ein Betriebskostenzuschuss ist logischerweise für 2016 nicht eingeplant.

#### Wirtschaftsförderung

Für Tourismusförderung wenden wir 341 T€ auf, rund 5 T€ mehr als im Vorjahr.

Die Marketingaufwendungen für den Mosel- und den Saar-Hunsrück-Steig werden ab diesem Jahr unmittelbar von unserer Touristik GmbH geleistet, der wir diese Mittel dann zusätzlich zur Verfügung stellen.

Im Bereich Breitbandversorgung – hier werden 40 T€ übertragen – sind noch die vorhandenen Leerrohrtrassen der Ortsgemeinden zu vermessen und dann in unser Breitbandprojekt einzubringen und mit den Gemeinden abzurechnen.

Im Rahmen eines Förderprogramms des Landes haben wir daneben gemeinsam mit mehreren unserer Hunsrückgemeinden eine Studie zur Revitalisierung von Gewerbeflächen im Hunsrückraum der Verbandsgemeinde auf den Weg gebracht und in einer Gemeinschaftsaktion mit Landkreis und den weiteren Verbandsgemeinden arbeiten wir in Abstimmung mit der IHK an einer kreisweiten Strategie zur gemeinsamen Gewerbeflächen-entwicklung.

Hierfür sind 6 T€ im Plan vorgesehen.

#### Brandschutz

Im Produkt Brandschutz finden wir unsere Feuerwehren. Mit einem Anstieg von 7 % im Aufwand unterstreichen wir deren Bedeutung für die Sicherheit unserer Bevölkerung und deren Hab und Gut.

Über die Notwendigkeit unserer Feuerwehr und auch die Schlagkräftigkeit unserer Struktur aus kleinen Feuerwehren vor Ort mit der Unterstützung im Einsatz durch Nachbarschafts- und Stützpunktfeuerwehren hatte ich beim vorangegangenen TOP ja einiges ausgeführt. Diese Schlagkraft auch in Zukunft sicherzustellen ist eine wichtige Aufgabe, der wir uns stellen. Dazu ist auch in 2016 einiges an Maßnahmen vorgesehen.

Verbessern werden wir in diesem Jahr die Unterbringungssituation der Feuerwehr Schauern. Hier haben wir die notwendigen Mittel übertragen.

Ebenfalls mit zu übertragenden Mitteln finanzieren wir das bereits bestellte Feuerwehrfahrzeug in Briedel das in einigen Wochen ausgeliefert wird, wobei wir hier aufgrund des Ausschreibungsergebnisses noch nachlegen müssen.

Daneben haben wir für 2016 vorgesehen die Mittel für einen neuen Rüstwagen 2 (das gemeinsame kreisweite Beschaffungskonzept) sowie einen Einsatzleitwagen ELW 1. In meiner nunmehr 16-jährigen Tätigkeit als Bürgermeister sind nunmehr 23 Feuerwehrfahrzeuge von unseren Gremien beschlossen und größtenteils auch bereits ausgeliefert worden.

In der Fahrzeugplanung sind auf dem Weg neben diesen drei Fahrzeugen abgesichert durch die mittelfristige Finanzplanung und laufende Zuwendungsanträge, ein Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeug für Zell, ein TSF für die Feuerwehr Tellig, ein Mittleres Löschfahrzeug für Alf sowie - erstmals in unserer Finanzplanung – ein TSF-W für Bullay.

Neben dem beschlossenen Motivationsprogramm sind sicherlich auch erwähnenswert die Fast-Verdoppelung der Ausbildungsmittel auf jetzt 44 T€ oder ein erster Bauabschnitt der Erneuerung unserer Atemschutzgerätewerkstatt mit 36 T€, die Fortsetzung der Umstellung auf Digital-Funk mit 30 T€ sowie Schutzkleidung, Strahlrohre, und weitere Geräte für etwa 65 T€.

Insgesamt haben wir 609 T€ für neue Investitionen eingeplant.

## Sozialetat

Im Sozialetat finden wir die verschiedenen Leistungen nach dem SGB, eine Pflichtaufgabe, festgelegt durch bundesrechtliche Vorgaben und von uns so gut wie nicht beeinflussbar!

Während uns die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII aufgrund der Bundes-Erstattung nur noch personell mit steigenden Fallzahlen belastet, (500 T€ zahlen wir mittlerweile an Grundsicherungsleistungen) sehen wir uns erneut mit steigenden Aufwendungen bei den Kosten der Unterkunft im Rahmen der Grundsicherung für Erwerbsfähige von 20 T€, dies sind 11 %, aktuell 205 T€, konfrontiert.

Über die Flüchtlingssituation in unserer Verbandsgemeinde hatte ich in der Dezember-Sitzung ja ausführlich berichtet. Veranschlagt haben wir im Produkt Asylbewerberleistungsgesetz 800 T€, die bekanntlich vom Kreis aus Bundes- und Landesmitteln erstattet bekommen.

800 T€ aus Landes- und Bundesmitteln, die aber letztlich in unsere Wirtschaft in der Verbandsgemeinde Zell fließen, ob an die Vermieter von sonst wahrscheinlich leerstehenden Wohnraum oder auch als Umsatz in unsere Einzelhandelsgeschäfte. Wo wir 2016 tatsächlich landen werden – ich weiß es nicht. Aber ich glaube, dies weiß niemand. Von daher ist hier flexible Vorgehensweise gefordert.

Ich danke allen Fraktionen, dass sie in dieser schwierigen Aufgabenstellung stets an der Seite der Verwaltung und unserer Mitarbeiter gestanden und die notwendige Verstärkung auch über die Haushaltsplanung immer problemlos mitgetragen haben.

Unsere Mitarbeiter leisten gerade in diesem Bereich einen tollen Job! Personell haben wir uns seit dem 01. Januar um einen Handwerker mit einer geringfügigen Beschäftigung verstärkt und wir veröffentlichen jetzt die Ausschreibung einer genehmigten Stelle im Bundesfreiwilligendienst.

Den personellen sowie sonstigen Mehraufwand im Hause bei der Bewältigung dieser Aufgabe in 2015 und 2016 wollen wir zumindest teilweise durch eine vor 14 Tagen eingegangene und bereits im Haushalt veranschlagte Bundeszuweisung in Höhe von 83 T€ gegenfinanzieren.

Daneben, doch dies fällt bei den genannten Summen wohl weniger ins Gewicht, unterstützen wir mit 5 T€ den Ideen-Treff der Caritas in Zell, der zugleich auch als „Repair-Cafe“ und als Flüchtlingstreff dient.

Auch die Cochemer Tafel wird von uns finanziell unterstützt.

Teilhaushalt V	Bauverwaltung
----------------	---------------

Im Teilhaushalt 5 – Bauverwaltung – finden wir weitere Aufwendungen für die Fortschreibung unseres Flächennutzungsplanes.

Hierfür sind 37 T€ veranschlagt, welche größtenteils jedoch durch Dritte finanziert werden.

Neben der Fortschreibung unseres Flächennutzungsplanes ist darüber hinaus auch über die Projektierung einer PV-Anlage auf der Konversionsfläche „Hochheid“ in St. Aldegund vorgesehen, das erste Projekt unserer „AÖR Energieprojekte der Verbandsgemeinde Zell (Mosel)“.

Teilhaushalt VI	Zentrale Finanzleistungen
-----------------	---------------------------

Im TH 6 – Zentrale Finanzleistungen - finden neben der Verbandsgemeinde-Umlage die Schlüsselzuweisung B 2. Diese steigen um 135 T€, von denen jedoch der Landkreis direkt 60 T€ abschöpft.

Personalkosten
----------------

Die Personalkosten, welche - inklusive Kindergarten und Waldarbeiter – liegen nunmehr bei 5,8 Mio. Euro liegen, sie steigen um 172 T€. Einkalkuliert im Personalaufwand ist eine 3,0-prozentige Anhebung der Bezüge im Tarfbereich, bei den Beamten 2,3 % sowie verschiedene Personalmaßnahmen, die im Hauptausschuss im Einzelnen vorgestellt wurden.

Die Anzahl der Stellen steigt um 0,09 auf künftig 107,22 Stellen.

Während die Stellen für die KITA Briedel entfallen, kommen neue Stellen im Kita-Bereich aufgrund Leitungsfreistellungen hinzu. Daneben wird der Hausmeister der Grundschule Blankenrath ab 01. Januar wieder in unserem Stellenplan geführt und auch die Zusatzstelle in der Verwaltung für die Flüchtlingsarbeit ist im Stellenplan aufgenommen.

Im sog. „Alt-Bereich“ ohne Kita und Wald steigen die Personalkosten um 5,79 %, dies sind 183 T€. Im Wesentlichen wird diese hohe Steigerung aber durch die zwei genannten neuen Stellen geprägt.

Investitionen
---------------

Mit einem Volumen von 1.435 T€ an Investitionen haben wir viel vor! Zur Finanzierung sind neben Landeszuweisungen und Kostenerstattungen Investitionskredite in Höhe von 800 T€ erforderlich. Die Netto-Neuverschuldung liegt bei rd. 580 T€.

Verschuldung der Verbandsgemeinde
-----------------------------------

Der Schuldenstand der VG bei den Investitionskrediten beläuft sich inkl. der 2014er Investitionskredite auf 3.517 T€.

Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt damit bei 222,73 €. Der Landesschnitt der Verbandsgemeinden unserer Größenklasse in Rheinland-Pfalz lag Ende 2014 bei 339 Euro. Mit den Kreditemächtigungen von 2015 und 2016 (398 T€ und jetzt 800 T€) rücken wir jedoch deutlich näher an diesen Landesschnitt heran; dann 284 Euro.

Neben weiteren Investitionen in die Schulen oder auch im Erlebnisbad stehen wir aber auch vor unserem anerkannt notwendigen Großprojekt Verwaltungsgebäude mit mehreren Millionen Eigenanteil, welcher über Kredite zu finanzieren ist. Die unterdurchschnittliche Verschuldung wird dann – wohl sehr deutlich - der Vergangenheit angehören! Darauf müssen wir uns einstellen

## Abschluss

Bürgermeister, Rat und Verwaltung haben eine gemeinsame Verantwortung für das Wohl unserer Verbandsgemeinde und unserer Bürger.

Dieser Verantwortung gerecht zu werden ist der Auftrag, dem wir uns auch mit der Verabschiedung des diesjährigen Haushaltes und der sich daraus ergebenden Arbeit, auch im Hinblick auf die besondere Verantwortung gegenüber der uns nachfolgenden Generationen stellen.

Wenn ich auf Albert Einstein zurückkommen darf:

„Inmitten der Schwierigkeit liegt die Möglichkeit.“

Ja, die heutige Zeit bringt vielfältige und hohe Herausforderungen an die Kommune mit sich. Flüchtlinge; eine gute Bildungs- und Betreuungsstruktur für unsere Kinder; Sicherheit durch ein gut ausgestattetes Brandschutzwesen, die wirtschaftliche Entwicklung; und und und!

Das alles bei begrenzten Mitteln! Viele Schwierigkeiten kennzeichnen die gegenwärtige Situation – aber auch Chancen und Möglichkeiten!

Der Haushalt versetzt nicht nur uns in die Lage, alle Möglichkeiten zur Umsetzung unserer inhaltlichen Ziele auch zu realisieren, er verschafft den Ortsgemeinden darüber hinaus zusätzliche Spielräume für die Bewältigung ihrer eigenen Aufgaben.

Ergreifen wir diese Chancen!

Dass dieses Rechenwerk in seiner Gesamtheit zur Entscheidung vor uns liegt verdanken wir unserem Kämmerer, Herrn Adams und seinem Team.

Mein Dank gilt aber auch allen Sachgebietsleitern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verbandsgemeindeverwaltung für ihre Vorarbeiten zum Haushalt und insgesamt für eine bürger- und dienstleistungsorientierte Arbeit in unserer Behörde.

Ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken und eröffne die Aussprache.